

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-81/2014	
Fachbereich	Fachbereich I
Federführendes Amt	Hauptamt
Datum	17.09.2014

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Technischer Ausschuss	21.10.2014	vorberatend
Rat der Stadt Musterstadt	18.11.2014	beschließend

Betreff:

Liberalisierung des Trinkwassermarktes

Beschlussvorschlag:

Der Technische Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Muster sich gegen die Gesetzesinitiative des Europäischen Parlaments zur "Liberalisierung des Trinkwassermarktes" auszusprechen. Er fordert sowohl die Bundesregierung, die Europaabgeordneten wie auch die Europäische Kommission auf,

- a. sich für einen Gesetzesvorschlag für das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen einzusetzen und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen zu fördern,
- b. die kommunale Wasserversorgung zu stärken, Optionen zur Rekommunalisierung und zur Bildung von interkommunalen Wasserversorgungsverbänden zu gewährleisten. Der Rat der Stadt Muster spricht sich darüber hinaus grundsätzlich gegen eine Veräußerung der Wasserversorgung in Muster an private Dritte aus.
Der Rat der Stadt Muster unterstützt ausdrücklich sowohl die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« als auch die Position des Deutschen Städtetags, der sich eindeutig für den Verbleib der Wasserversorgung in öffentlicher Hand ausgesprochen hat.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Sachdarstellung:

Mit Antrag vom 23. April 2013 beantragten die Grünen im Rat der Stadt eine Beschlussfassung des Rates gegen die Gesetzesinitiative des Europäischen Parlaments zur „Liberalisierung des Trinkwassermarktes“. Hinsichtlich der Details wird auf den Antrag verwiesen.

Ergänzend hierzu ist eine Pressemitteilung des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebundes NRW der Verwaltungsvorlage beigelegt. Darüber hinaus ist eine Hintergrundinformation zur Europäischen Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht!“ beigelegt.

Anlage(n):

1. Pressemitteilung Städtetag
2. Pressemitteilung StGB NRW
3. Hintergrundinformationen

Der Bürgermeister